

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei S. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Paubé & Co.,
Haaftenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 794.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 11. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Am tliches.

Berlin, 10. November. Der König hat dem praktischen Arzt Dr. med. Schupke in Namslau den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.
Der seitberige Kreis-Wundarzt Dr. Ebner in Fraustadt ist zum Kreis-Physikus des Kreises Fraustadt ernannt worden.
Dem Oberlehrer Dr. Bernhart an der städtischen Realschule zu Königsberg i. Pr. ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Bei der Realschule am Zwinger zu Breslau ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Jurisch zum Oberlehrer genehmigt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 11. November.

Ueber die Eröffnung des Reichstages sind, wie offiziös verlautet, noch keine festen Bestimmungen getroffen. Ueber die Eventualitäten, welche dabei in Betracht kommen, gehört vor Allem auch die Möglichkeit der Eröffnung durch den Kaiser in Person, um so mehr, als es sich um die Eröffnung bei Beginn einer neuen Legislaturperiode handelt. Jedoch wird es namentlich von dem Gesundheitszustand des Kaisers abhängen, ob diese Absicht verwirklicht wird.
Der „Reichsbote“ setzt heute in sehr klarer und überzeugender Weise auseinander, daß Reichskanzler, Konervative und Centrum ein Herz und eine Seele sein werden, wenn der Reichskanzler nur den unglücklichen Gedanken an die Mittelpartei aufgeben wollte. Wir sind nur erstaunt, daß das Gespenst einer Mittelpartei im gegnerischen Lager noch immer so großen Eindruck macht.

In der Regierungspresse herrscht vollständige Anarchie. Wir haben die vier verschiedenen Lesarten, welche sie über die Auffassung des Kanzlers von dem Wahlergebnis binnen einer Woche geliefert, nach der „National-Zeitung“ zusammengefaßt. Wir haben auch bereits mitgeteilt, daß die neueste „Provinzial-Korrespondenz“ zuerst darlegt, Fürst Bismarck werde entweder das Centrum nunmehr durch den kirchlichen Friedensschluß für seine wirtschaftlichen Pläne gewinnen oder sie, falls das nicht möglich sein sollte, vorderhand sistiren — und daß das halbamtliche Blatt unmittelbar dahinter die Mittheilung der „Post“ abdruckt, wonach der Kanzler, weil er sich nicht für den geeigneten Mann halte, die Ideale der „Germania“ zu verwirklichen, seine Entlassung nachsuchen und dem Kaiser ratthen werde, einen konservativ-merikanischen Nachfolger zu ernennen. Inzwischen ist die Wiener „Polit. Korresp.“ eingetroffen, deren Berliner Mitarbeiter als hochhoffiziös anerkannt ist; dieser setzt seine Liebeswerbung um das Centrum, dem er jüngst die „seltene Gelegenheit“ zur Uebernahme der früheren Rolle der nationalliberalen Partei anpreis, fort; von einer Rücktrittsabsicht des Fürsten Bismarck weiß er so wenig, daß er vielmehr für den Fall unbescheidener Forderungen der Merikalen diesen droht, der Kanzler werde eventuell „diejenigen Volkskreise wieder für sich gewinnen, welche eben zum Ausgleich mit Rom eingeschlagenen Weg gefährlich finden“ — womit, obgleich die Definition nicht sehr korrekt ist, offenbar die Liberalen gemeint sind! In diese babylonische Verwirrung Sinn und Zusammenhang bringen, Räthsel errathen zu wollen, für die es eine Auflösung wahrscheinlich überhaupt nicht giebt, damit wollen wir unsere Zeit nicht verlieren.

Der Wunsch des englischen Premiers, Herrn Gladstone, sich von seinem Posten zurückzuziehen, hat in der letzten Zeit an Intensität nur noch gewonnen. Dafür legt die verbürgte Thatsache, daß Herr Gladstone Lord Granville vor einigen Tagen formell die Uebernahme der Premierschaft anbot, ein unwiderlegliches Zeugniß ab. Lord Granville, der keineswegs geneigt ist, eine so schwierige und mühsame Aufgabe auf seine Schultern zu nehmen, machte Lord Hartington, sowie den anderen Leitern der liberalen Partei ungesäumt Mittheilung von dem Vorhaben des Premiers, die es denn auch Letzteren gegenüber nicht an den eindringlichsten Vorstellungen mangeln ließ, um ihn von seiner Absicht abzubringen. Lord Hartington und seine Genossen machten namentlich geltend, daß die großen Aufgaben, die sich das Cabinet gestellt hat, nichts weniger als ihrer Lösung zugeführt seien, daß die irische Angelegenheit, so wie die Transvaal-Angelegenheit aus den endgültigen Entscheidungen harren, und daß das Cabinet seinen Konflikt mit der Opposition einzig und allein durch die Uebereinstimmung und das Ansehen des Herrn Gladstone, welcher letzteres durch seine Stellung als Premierminister gehoben bleiben müsse, siegreich hervorgehen könne. Als ein fernerer Grund, der das Verbleiben des Herrn Gladstone erforderlich mache, wurde das Feld geführt, daß Lord Derby, so sehr er sich auch, nachdem sein Rivale und Gegner Salisbury zum Haupte der Partei erhoben wurde, den Liberalen genähert habe, seine willige Befehring durch den Eintritt ins Cabinet noch immer nicht besiegeln wolle. Es sei überdies ein Gebot der Nothwendigkeit, daß Mr. Childers, der zur Nach-

folge des Herrn Gladstone in der Schatzkanzlerschaft ausersehen ist, im Interesse der Ausführung der begonnenen Reorganisation der Armee noch eine Zeit lang das Staatssekretariat des Krieges in Händen behalte. Herr Gladstone mußte einer solchen Kolonne von Argumenten gegenüber welchen und sich zum ferneren Verbleiben im Amte entschließen. Es wäre jedoch eine irrtümliche Annahme, daß der Premier den Gedanken seines Rücktrittes gänzlich aufgegeben habe. Der Schritt ist bloß vertagt, und der Premier dürfte seine Absicht aller Wahrscheinlichkeit nach im Frühling des nächsten Jahres verwirklichen. In diesem Falle dürfte das Cabinet in der Weise rekonstruirt werden, daß Lord Northbrook das Kriegsportefeuille, Sir Charles Dilke das der Admiralität, Childers, wie gesagt, jenes der Finanzen und Lord Derby vielleicht die Leitung des Foreign office übernehmen.

Der Erzbischof von Cashel hat eine ihm überreichte Adresse in einer Weise erwidert, welche mit jenem von diesem Prälaten erlassenen „offenen Briefe“ anlässlich der No-rent-, der „Pachtzinsverweigerungs-Proklamation“ wenig im Einklang steht. Die neue Kundgebung des Erzbischofs lautet im Gegentheil geradezu revolutionär; sie sagt unter Anderem:

„Die treuen Führer des Volkes sind von den bezahlten Anhängern von „Gesetz und Ordnung“ ins Gefängniß geworfen worden. Die gepriesenen Privilegien der britischen Verfassung sind thatsächlich annullirt worden, wenigstens was dieses Land (Irland) betrifft. Freiheit der Rede und der Versammlung besteht nicht länger, ausgenommen für wenige Begünstigte. Kranke Leute werden in der Krisis ihrer Krankheit erbarmsungslos fortgeschleppt und ins Gefängniß geworfen — in der That, eine Schreckensherrschaft, nicht weniger gemiß, obgleich glücklicherweise weniger blutig als jene, welche in Frankreich in den Tagen seiner nationalen Raserei wüthete, existirt in unserer Mitte, und Niemand, der heute frei ist, darf sicher sein, daß er sich morgen nicht im Gefängniß befindet. Dies ist der heutige Zustand der Dinge in Irland. „Sieb dem Kaiser, was des Kaisers ist“; aber behaltet für Euch selber, was Euch rechtlich gehört. Zahlt den einen billigen Zins an den, dem er zukommt. Wird er angenommen, dann gut; wenn nicht, so habt Ihr Eure Pflicht gethan u. s. w.“

Angesichts solcher Kundgebungen und der in jeder Weise unsicheren Haltung des katholischen Episkopates von Irland erklärt sich die Neigung des englischen Cabinets, dem Wunsche Leo's XIII. nach einer direkten diplomatischen Verbindung entgegenzukommen.

Der agrarische Gerichtshof in Belfast hat am Freitag, den 4. d. Mts., auf Grund der Land-Akte in fünfzehn Fällen eine Entscheidung gefällt, welche sämtlich Pachtungen von der Besetzung des Erzdiakonus Crawford, eines „abwesenden“ Landlords, betrafen. Die Pachtzins wurden alle um circa 30 Prozent reducirt, ausgenommen bei einer Farm, wo der Zins bereits niedriger ist als die Schätzung.

Eine schon lange vorbereitete Aenderung in den obersten Stellungen wird der „National-Ztg.“ von gut unterrichteter Seite als mittelbar bevorstehend aus Petersburg signalisirt. Herr v. Giers tritt aus Gesundheitsrücksichten vom auswärtigen Amt zurück, in seine Stelle tritt Graf Ignatjew, bekanntlich augenblicklich Minister des Innern. Graf Peter Schuwalow hatte im Laufe der verfloffenen Woche Unterredungen mit dem Kaiser, die mit der Uebernahme des Ministeriums des Innern in Verbindung gebracht werden. Umfassende Reformen, mit Ausnahme agrarischer, gelten augenblicklich als vertagt.

Der Militär-Kommission, welche über die eventuelle Reorganisation des russischen Heerwesens in Petersburg beräth, liegt bekanntlich auch ein die Theilung der russischen Wehrkraft in eine Nord-, Süd-, Ost- und West-Armee bezweckendes Projekt vor, deren Generalstäbe in Petersburg, Kiew, Tiflis und Warschau zu etabliren wären. Nach der „Polit. Corr.“ ist es zweifelhaft, ob die Kommission, in welcher zahlreiche Mitglieder, darunter der Präsident derselben, Graf Kokebue, gegen allzu tiefgreifende Aenderungen der russischen Heeresverfassung sind, diesem Theilungsplane zustimmen wird, wie denn auch die projektirte Reorganisation des russischen Generalstabes nach dem Muster des deutschen und österreichisch-ungarischen die Zustimmung der Kommission nicht gefunden hat.

Der russische Nihilist Leo Hartmann ist so geheimnißvoll, wie er erschienen, auch wieder aus Amerika verschwunden; der „Newyorker Sun“ zufolge ist er nach Europa zurückgekehrt. Amerika will Meuchelmördern keinen Schutz mehr angedeihen lassen.

Londoner Berichte aus verschiedenen Quellen, welche der „Neuen Freien Presse“ glaubwürdig vorkommen, stellen die Situation in Egypten trotz der dort herrschenden äußerlichen Ruhe als höchst bedenklich dar. Die Stellung Scherif Paschas soll sehr gefährdet sein. Die eigentliche Gewalt üben im Geseimen Arabi, sowie religiöse Fanatiker aus, welche der Sultan begünstigt, wie er auch die Opposition gegen Scherif Pascha unterstützt. England und Frankreich sollen neuerlich über die Politik bezüglich Egypten nicht ganz übereinstimmen.

Dem Londoner „Observer“ gehen nachstehende Informationen darüber zu:

„Der französische Generalkontrolleur in Egypten, Herr v. Blignières, segelte am Donnerstag (d. 3. d. M.) von Marseille nach Egypten ab, um sich auf seinen Posten zu begeben. Vor seiner Abreise bildeten die Schritte, welche im Falle eines neuen Ausbruches der Auflehnung der egyptischen Armee befolgt werden sollten, Gegenstand der Berathung, und wie wir berichtet sind, haben Mittheilungen über diesen Punkt zwischen den Regierungen von Frankreich und England stattgefunden. Wir können hinzufügen, daß in gutunterrichteten Kreisen der Eindruck herrscht, daß den Hauptführern des letzten Pronunciamiento in Kairo bekannt ist, daß eine weitere Bewegung ihrerseits eine anglo-französische Intervention nothwendig machen würde, und sie sind in Folge dessen so vorsichtig, die Sachen nicht zum Aeußersten zu treiben, sondern bezüglich ihrer eigenen Sicherheit Vorkehrungen zu treffen.“

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 10. November. Das Interesse an der sogenannten „Kanzlerkrisis“ geht nach wie vor nicht über eine mäßige und ein wenig ironisch gefärbte Neugier, was „aus der Sache wohl werden wird“, hinaus. Zwar wird hier und da an die Fabel vom Wolf erinnert, der endlich doch kam, als in Folge des häufigen falschen Allarms Niemand mehr daran glaubte; aber die Nutzenwendung findet sehr wenig Glauben. Die Annahme überwiegt bei weitem, daß, welchen speziellen Zweck das vorläufig übrigens nur angekündigte Entlassungsgesuch auch haben mag, das ganze Zwischenpiel doch nur auf den zeitweiligen Stillstand in der Verfolgung der sozial- und finanzpolitischen Projekte herauskommen werde, welcher in Folge des geringfügigen Ergebnisses der Schölder'schen Mission und des Wahlergebnisses schon vor der sensationellen „Post“-Mittheilung fast allseitig als unvermeidlich betrachtet und auch von der „Prov.-Korresp.“ in's Auge gefaßt wurde. Im Grunde ist es nur eine andere Form hierfür, wenn hier und da die Version verbreitet ist, es stehe eine ähnliche Einrichtung bevor, wie Anfangs 1873, als Fürst Bismarck sich zeitweilig aus der preussischen Regierung ganz zurückzog und Graf Roon Ministerpräsident wurde: diesmal würde Fürst Bismarck sich sogar nur auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beschränken und der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Herr v. Puttkamer, die damalige Rolle des Grafen Roon übernehmen. Thatsächlich würde auch dies nichts Anderes bedeuten, als daß auf die Fortführung der vorläufig als unrealisierbar erkannten Pläne verzichtet würde, denn zu gelegener Zeit würde Fürst Bismarck ebenso wie vor acht Jahren seinem Platzhalter das für die Zwischenzeit stillgestellte Steuerruder wieder aus der Hand nehmen. Es scheint aber sehr fraglich, ob es auch nur zu einer solchen äußerlichen Veränderung kommt. Nach wie vor überwiegt die gestern angedeutete Ansicht, daß bei der „Krisis“ Cynpfindlichkeit über fog. Frictionen mit im Spiele ist, und daß wahrscheinlich irgend eine, dieser bereitere Genugthuung von der Episode allein übrig bleiben werde. Mit einer hierauf bezüglichen, aus der wiener „Presse“ hertelegirten Version bringt die Kombinationslust das Mißvergnügen des Kanzlers speziell über die Wahl Rieder's in Koburg — darauf soll sich der Drohtitel in der „Post“ an eine thüringische Regierung bezogen haben — und über die Wahl des, bekannter hoher Beziehungen sich erfreuenden Herrn v. Bunsen in Verbindung. Wir erwähnen diese Randglossen zu dem Vorgang, der von keiner Seite sehr wichtig genommen wird, nur, weil sie an dieser Kanzlerkrisis bis jetzt noch das Interessanteste sind. Gar keinen Glauben finden und verdienen die aufs Neue umgehenden Auflösungs-Gerüchte; abgesehen davon, daß der Verlauf der Stichwahlen von einem solchen Entschluß nur noch dringender abrathen muß, als schon das Resultat des 27. Oktober, so beweist die Einberufung des Reichstags auf den 17. d. M., daß noch vor wenigen Tagen nicht daran gedacht wurde, und außerdem würde die Regierung sich sowohl im Reich als in Preußen die größten Budget-Schwierigkeiten schaffen: erfolgte demnächst eine Auflösung des Reichstags und die Anordnung von Neuwahlen, so wäre es so gut wie unmöglich, bis zum 1. April das Reichs- und das preussische Budget für das dann beginnende neue Etatsjahr festzustellen. Eine ganz andere Frage ist, ob Fürst Bismarck nicht schon jetzt entschlossen ist, jede ernstliche Blöthe, welche der neue Reichstag sich bei seiner Thätigkeit etwa geben möchte, zur Auflösung zu benutzen; aber dazu wird sich in der für die Budgetberathung bestimmten Vorlesung schwerlich Gelegenheit bieten, und alsdann kommt erst die, für die Gestaltung der parlamentarischen Lage wahrscheinlich wichtigere Landtagsession.

Die Gewerbe-Legitimationskarten für Handlungsreisende erhalten vom nächsten Jahre ab eine veränderte Gestalt, und zwar macht es dabei keinen Unterschied, ob der Inhaber, der für eine fremde Firma oder selbständig im Dienste seiner eigenen Firma reist, dadurch legitimirt werden soll. Da, wie bereits erwähnt worden, nach den Verabredungen in den Schlußprotokollen zu den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz vom 1. Januar 1882 ab die Befugniß, aufgetaufte Waaren mitzunehmen, wegfällt, würde gegen die benannten Ländern angehörigen Inhaber von Gewerbe-Legitimationskarten, welche etwa vom 1. Januar 1882 ab bei ihrem Verleib im S n l a n d e aufgelau-

